Landeshauptstadt Magdeburg
Änderungsantrag

Zum Verhandlungsgegenstand	Datum
A0235/22	23.02.2023

A0235/22/1 öffentlich

Absender	
Kulturausschuss	
Gremium	**Sitzungstermin**
Stadtrat	16.03.2023

Kurztitel

Konkreter Zeit- und Maßnahme-Plan: Vom Technikmuseum zum Zentrum für Industriekultur

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Sowohl die Stellungnahme 0013/23 als auch die Information I0009/23 des Dezernates IV zur Neukonzeption des Technikmuseums zum Zentrum Industriekultur werden zur Kenntnis genommen.

2. Der Kauf des Nachbargrundstücks ist im ersten Halbjahr 2023 zu vollziehen. Die Oberbürgermeisterin (das Finanzdezernat) wird beauftragt, einen entsprechenden Kaufvertrag mit den Projektpartnern Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt (LAF) und MDSE vorzulegen und mit dem Kulturdezernat abzustimmen.

3. Den Fördermittelantrag bei der Investitionsbank sowie die Weiterplanung des Zentrums Industriekultur im zweien Quartal in eine tragfähige und handlungsfähige Struktur zu überführen und dafür das Votum des Stadtrates zu erhalten.

4. Die Oberbürgermeisterin (das Finanzdezernat) wird beauftragt, gemeinsam mit Kultur- und Baudezernat einen Maßnahmeträger für die Umsetzung des Gesamtprojektes Zentrum Industriekultur zu ermitteln und dem Stadtrat eine entsprechende Lösung vorzuschlagen, wenn das KGM zeitnah nicht selbst eine Umsetzung vornehmen kann.

Begründung:

Nach mehreren Gesprächen mit den anderen Projektpartnern erscheint es dem Kulturausschuss nicht schlüssig, die weit gediehenen Vorplanungen weiter zeitlich nach hinten zu verschieben. Der Stadtrat hat bereits am 04.06.2020, also vor fast drei Jahren, dazu einen Beschluss gefasst, der einen weitgehenden Handlungsspielraum der Verwaltung eröffnet. Im Gegensatz zum Vorschlag der Verwaltung sollte deshalb *zeitnah und mit gebotener Dringlichkeit* das Projekt in diesem Sinne vorangetrieben werden, um vor allem die Rahmenbedingungen bezüglich der Höchstförderung nicht zu gefährden. Außerdem sollte sich die Verwaltung damit nicht dem Vorwurf der Untätigkeit aussetzen.

Zu 1.

Der Ankauf sollte bereits im Herbst 2022 erfolgen. Die Mittel dafür stehen im Finanzdezernat zur Verfügung. Alle Problempunkte wurden in Gesprächen mit dem Land, Landesanstalt für Altlastenfreistellung Sachsen-Anhalt und MDSE, analog der damaligen Rothensee-Abwicklung in vielen Abstimmungsrunden konstruktiv gelöst. Die Landeshauptstadt Magdeburg erhält durch die Landesanstalt damit eine kostengünstige, Schritt für Schritt abrechenbare Finanzunterstützung bei der Dekontaminierung des Geländes. Ein Zeitverzug wäre hier nicht nachvollziehbar.

Zu 2.

1. Bereits am 24.06.2021, also vor fast zwei Jahren, erhielt die Landeshauptstadt Magdeburg einen Letter of Intent des damaligen Staatssekretärs des Wirtschaftsministeriums Dr. Jürgen Uhde zur Förderung des Zentrums Industriekultur über GRW Mittel in Höhe von 50 Mio. Euro mit 95 % Förderung, wenn der Antrag bis zum 31.12.2023 bei der Investitionsbank (IB) eingereicht ist.

2. Daraufhin wurde in einer Arbeitsgruppe mit Dr. Hajo Neumann und dem Büro Grothe GmbH mit der Investitionsbank und dem Wirtschaftsministerium die detaillierte Förderfähigkeit aller Projektbausteine abgeklopft. Im Mai 2022 wurde die darauf gründende Zweite Machbarkeitsstudie vorgelegt. Das darin beschriebene Gesamtprojekt ist in dieser Form förderfähig über GRW im Sinne des Letter of Intent des Landes.

3. Seitdem, seit fast einem Jahr, gibt es augenscheinlich einen Stillstand im Projektfortschritt. Dieser muss zum jetzigen Zeitpunkt aufgebrochen werden, um das Gesamtprojekt einschließlich Fördermittelzusage im Sinne des Stadtratsbeschlusses nicht zu konterkarieren.

4. Das Kulturdezernat bzw. das Technikmuseum können selbst inhaltlich und personell nicht als Projektträger die Umsetzung des Gesamtprojektes einschließlich Fördermittelbeantragung agieren. Dazu gehören die Fördermittelbeantragung bei der IB (Vorlage Planungen bis Planungsstufe 3), der Architekturwettbewerb auf Grundlage Machbarkeitsstudie 2 (Förderfähigkeit), Fördermittelabrechnung, Dekontaminierung des Geländes in Abstimmung mit LAF und MDSE, Baubetreuung. Die KGM als städtischer Eigenbetrieb wäre der geborene Maßnahmeträger dafür. Es hat den Anschein, dass die KGM durch die bisher übertragenden Großbaustellen (Stadthalle, Hyparschale, Anbau Albinmüllerturm) keine weiteren Kapazitäten zur Verfügung hat. In diesem Fall kann die Stadt auch einen anderen Projektträger für die Umsetzung der Gesamtmaßnahme beauftragen. Dazu käme im günstigsten Fall eine 100%ige Tochter der Stadt in Frage. Auch bei der Fördermittelakquise zur Stadthalle wurde mit Pro Terra Team, Dr. Kleinschmidt, ein externer Partner von der Stadt eingebunden und über das Landes- und Bundesförderung finanziert.

Zu 3.

Die Zusage einer Höchstförderung für das für das Land und den Bund wichtige Zukunftsprojekt des Zentrums Industriekultur ist endlich, wenn die Stadt nicht die nächsten Schritte zur konkreten Umsetzung geht. Deshalb sind der Stadtrat und die Verwaltung gut beraten, eine zeitnahe Lösung für den Projekträger vorzulegen, der mit dem Land, dem Bund und den Fördermittelgebern weitere konkrete Schritte gehen kann. Ein Stillstand wie seit Mai 2022 wird das Projekt zum Erliegen bringen und dem Image der Stadt schaden.

Abstimmung Kulturausschuss: 4 – 1– 1

Oliver Müller
Vorsitzender des Kulturausschusses

Carola Schumann
Stv. Ausschussvorsitzende